

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 19

**Probleme der österreichischen
Konjunkturpolitik**

im Herbst 1962

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1962

Probleme der österreichischen Konjunkturpolitik

im Herbst 1962

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1962

Probleme der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1962

Gliederung

	Seite
Beruhigung des Preis-Lohn-Auftriebs	5
Saison- und konjunkturbedingte Dämpfung	6
Bisherige Stabilisierungsmaßnahmen	7
<i>Währungspolitik</i>	8
<i>Budgetpolitik</i>	8
<i>Handelspolitik</i>	9
<i>Der Einfluß der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission</i>	9
Überlegungen zu einem konjunkturpolitischen Konzept	10
Geringer Manövrierspielraum der Konjunkturpolitik	10
Konjunkturpolitik und Integration	14
Zahlungsbilanzorientierte Währungspolitik	15
Binnenwirtschaftlich orientierte Budgetpolitik	16
Libérale Handels- und Arbeitsmarktpolitik	17
Schlußfolgerungen	18

Probleme der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1962

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten anlässlich der XV. Österreichischen Betriebswirtschaftlichen Woche in Wien am 10. Oktober 1962 (Großer Festsaal der Wiener Messe A. G.)

Meine Damen und Herren!

Ich werde zunächst über die gegenwärtige Preis-Lohn-Situation sowie über die Erfolge und Grenzen der bisher befolgten Stabilisierungspolitik sprechen. Im zweiten Teil stelle ich Überlegungen zu einem längerfristigen konjunkturpolitischen Konzept an. Ich werde darauf hinweisen, daß mit fortschreitender europäischer Integration wichtige Instrumente der herkömmlichen Konjunktursteuerung (Handelspolitik, Währungs- und Kreditpolitik, Arbeitsmarktpolitik) zum Teil entwertet oder hinfällig werden, die Budgetpolitik hingegen erhöhte Bedeutung für die Steuerung der Binnenwirtschaft erlangen wird. Daraus ergeben sich auch für die österreichische Konjunktur- und Wirtschaftspolitik wichtige Schlußfolgerungen.

Beruhigung des Preis-Lohn-Auftriebs

Die österreichische Wirtschaft war im Frühjahr dieses Jahres vom schwersten Preis-Lohn-Konflikt seit der Stabilisierung der Währung 1951/1952 bedroht. Der Verbraucherpreisindex I (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) war Mitte Mai um 6,5%, der Verbraucherpreis-

index II (für Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Kindern) sogar um 7'1% höher gewesen als im Vorjahr. So starke Preissteigerungen hatte es in den zehn Jahren vorher nicht gegeben! Wiewohl die starke Teuerung zum Teil nur vorübergehende und einmalige Ursachen hatte, löste sie allgemein Unruhe und Besorgnis aus. Die Gefahr eines Wettlaufs von Preisen und Löhnen war nicht von der Hand zu weisen.

In den letzten Monaten ist der Preis-Lohn-Auftrieb hauptsächlich aus *drei Gründen* schwächer geworden: saisonbedingt, infolge Abschwächung der Konjunktur und dank verschiedenen Stabilisierungsmaßnahmen der Wirtschaftspolitik.

Saison- und konjunkturbedingte Dämpfung

Die *Verbraucherpreise* (Verbraucherpreisindex I) sind von Juni bis August um 3'4% zurückgegangen, im September sind sie allerdings wieder leicht (0'2%) gestiegen, vor allem weil Gemüse verhältnismäßig teuer blieb. Auch die *Großhandelspreise* hatten in den letzten Monaten eine sinkende Tendenz.

Die *Preise* verschiedener Saisonprodukte (Obst, Gemüse, Kartoffel), die im Frühjahr aus Witterungsgründen übermäßig stark gestiegen waren, sind im Sommer viel stärker zurückgegangen als im Vorjahr. Schaltet man die Saisonprodukte aus, so hat der Preisauftrieb zwar noch angehalten, ist aber merklich schwächer geworden. Die Rate der Preissteigerungen (Index der Verbraucherpreise *ohne* Saisonprodukte verglichen mit dem jeweiligen Vorjahresstand) hatte schon im Spätherbst 1961 ihren Höhepunkt überschritten; sie ist von 5'1% im Oktober 1961 nahezu stetig bis auf 2'1% im September 1962 gesunken. Von Mitte März bis Mitte September ist der Verbraucherpreisindex ohne Saisonprodukte nur um etwa 0'1% pro Monat gestiegen. Die durchschnittliche Verteuerung in den letzten sechs Monaten entspricht, auf das Jahr umgerechnet, einer Preissteigerungsrate von rd. 1 $\frac{1}{2}$ %. Sie hielt sich damit in den Grenzen der längerfristigen Geldwertverminderung seit der Stabilisierung der Währung Ende 1951.

Eine ähnliche Tendenz lassen auch die *Löhne* erkennen. Die Masseneinkommen (Gesamteinkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Pensionsempfänger) waren im IV. Quartal 1961 um 14% und im II. Quartal 1962 um 10% höher als im Vorjahr. In der Industrie sank die jährliche Steigerungsrate der Brutto-Monatsverdienste für Arbeiter von

10% auf 5%, für Angestellte von 9% auf 7%. Vermutlich hat sich die Tendenz abnehmender Lohnsteigerungsraten auch im III. Quartal fortgesetzt. In den ersten Monaten 1962 wurden nur wenige neue kollektivvertragliche Vereinbarungen abgeschlossen. Im Frühjahr nahm die lohnpolitische Aktivität zu (vor allem die Erhöhung der Metallarbeiterlöhne fielen ins Gewicht), flaute aber im Sommer dank dem zunächst bis 30. September befristeten „Stillhalte-Abkommen“ der Sozialpartner wieder ab. Nur einige bereits früher angemeldete Forderungen wurden bewilligt (z. B. die der Zuckerarbeiter und der Bediensteten der Exekutive). Am 26. September wurde das Stillhalte-Abkommen auf unbestimmte Zeit mit der Einschränkung verlängert, daß die bis 17. September angemeldeten Forderungen nach Preis- oder Lohnerhöhungen nach einer absichtlich umständlichen (auf Zeitgewinn bedachten) Prozedur behandelt werden.

Zumindest in einigen Zweigen drückte auch die *Abschwächung der Konjunktur* auf die Löhne. (Das Brutto-Nationalprodukt ist in den letzten drei Quartalen nur um wenig mehr als 2% gewachsen.) Die Zahl der Arbeitsstunden nahm ab, nicht kollektivvertragliche Lohnerhöhungen wurden seltener. Die Dämpfung des Lohnauftriebs hat sich allerdings bisher nicht nennenswert auf die *Produktionskosten* der Wirtschaft ausgewirkt, da gleichzeitig die Produktivität nur sehr geringe Fortschritte machte. Erfahrungsgemäß pflegen die Reallöhne bei aufsteigender Konjunktur schwächer, bei gedämpfter Konjunktur dagegen stärker zu steigen als die Produktivität. Die anhaltende Verflachung der Konjunktur und die (trotz hoher Liquidität) auffallend geringe Investitionsbereitschaft der Unternehmer deuten darauf hin, daß die Löhne ihren Rückstand bereits aufgeholt haben und Lohnerhöhungen im bisherigen Ausmaß ohne entsprechende Produktivitätssteigerungen inflationistisch wirken könnten.

Bisherige Stabilisierungsmaßnahmen

Nicht zuletzt haben verschiedene *Stabilisierungsmaßnahmen* eine unkontrollierbare Preis-Lohn-Dynamik verhindert. Die Stabilisierungspolitik stützte sich teils auf die Paritätische Preis-Lohn-Kommission, die den einzelnen Interessentengruppen ein maßvolles Verhalten nahelegte, teils bemühte sie sich, die Marktverhältnisse durch eine Vermehrung des Angebots und eine Dämpfung der Nachfrage zu entspannen.

Währungspolitik

Die *Währungsbehörden* haben seit Jahresbeginn auf verschiedene Weise den Spielraum der Kreditunternehmungen für zusätzliche Kredite begrenzt: die Notenbank hat zweimal (im Februar und im August) die *Mindestreservensätze* um je ein halbes Prozent erhöht, Schatzscheine an die Kreditunternehmungen verkauft und ihren Erlös stillgelegt (Offenmarkt-Operation). Dadurch wurden knapp 1,5 Mrd. S flüssige Mittel der Kreditunternehmungen gebunden. Das Finanzministerium hat (im Einvernehmen mit der Notenbank) die *Kreditkontrollabkommen* verschärft: künftig dürfen nur 44% des Einlagenzuwachses in kommerziellen Krediten angelegt werden. Gleichzeitig wurde der Kreditplafond um rd. 1 Mrd. S gesenkt. Die heimischen Kreditunternehmungen übernahmen 400 Mill. S Schuldverschreibungen des Bundes und machten dadurch weitere Auslandskredite des Bundes entbehrlich. Schließlich wurden unter bestimmten Bedingungen (Depotzwang) *Kapitalexporte* (Erwerb ausländischer Wertpapiere) freigegeben, um wenigstens ein kleines Gegengewicht gegen die hohen Kapitalimporte zu schaffen, die am meisten für den (inflationistisch wirkenden) Zahlungsbilanzüberschuß verantwortlich sind.

Budgetpolitik

Der *Finanzminister* ist entschlossen, die Stabilisierungsbemühungen durch ein „konjunkturneutrales“ Budget zu unterstützen. Dies wird aber nur gelingen, wenn er trotz verschiedenen Mehrausgaben (für Subventionen, Sozialversicherung, familienpolitische Maßnahmen) und Mindereinnahmen (Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer, geringere Erlöse aus dem Verkauf ehemals deutscher Vermögenswerte) durch rigorose Kürzung anderer Ausgaben den ordentlichen Haushalt 1962 annähernd auszugleichen vermag. Da die mit Krediten finanzierten Ausgaben im außerordentlichen Budget (1,36 Mrd. S) größenordnungsmäßig den zurückgezahlten Schulden im ordentlichen Haushalt entsprechen, werden vom Budget 1962 voraussichtlich keine nennenswerten Auftriebskräfte ausgehen. Dagegen scheint die Erstellung eines konjunktur- und währungsgerechten Staatshaushaltes 1963 im Augenblick wenigstens nahezu unlösbar, weil bereits beträchtliche Mehrausgaben beschlossen sind und die Einnahmen sich voraussichtlich ungünstig entwickeln werden.

Handelspolitik

Die *Handelspolitik* hat im Laufe des Jahres durch verschiedene Maßnahmen die Einfuhr erleichtert und damit das Güterangebot vermehrt. (Die Liberalisierungsquote gegenüber den GATT-Staaten wurde in zwei Etappen von 50% auf 75% und gegenüber den OECD-Staaten von 90% auf 93% erhöht; gleichzeitig wurden Zölle gesenkt und Globalkontingente aufgestockt.) Wiewohl die bisherigen handelspolitischen Maßnahmen das Preisniveau und die Konkurrenzbedingungen der Gesamtwirtschaft nicht entscheidend beeinflusst haben, so helfen sie in ihrer Gesamtheit (insbesondere auf längere Sicht) zweifellos, die Auftriebskräfte zu dämpfen.

Der Einfluß der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission

Nicht zuletzt hat die *Paritätische Preis-Lohn-Kommission* ihren Beitrag zur Stabilisierung geleistet. Die Kommission, die in Verbindung mit dem „*Raab-Olab-Abkommen*“ im März reorganisiert wurde, beschränkt sich nicht darauf, Anträge auf Preis- und Lohnerhöhungen zu überprüfen und unter bestimmten Voraussetzungen zu genehmigen, sondern trat, als sich der Preis-Lohn-Konflikt verschärfte, auch mit wirtschaftspolitischen Empfehlungen an die Bundesregierung heran. (Seit Mai erstattet ein Spezialkomitee der Kommission laufend Vorschläge über Obst- und Gemüse-Importe. Im Juni empfahl der Unterausschuß für Preis- und Lohnfragen eine Überprüfung von Preissenkungsmöglichkeiten und Maßnahmen auf den Gebieten der Währungs-, Budget-, Handels- und Arbeitsmarktpolitik.) Außerdem wies die Kommission darauf hin, daß sich die Lohnentwicklung (einschließlich Sozialpolitik) am Wirtschaftswachstum zu orientieren habe.

Von besonderer Bedeutung war das schon erwähnte „*Stillhalte-Abkommen*“. Es hat entscheidend zur Beruhigung des Preis- und Lohnklimas beigetragen. Die Maßnahmen der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission gaben den Interessentengruppen eine gewisse Gewähr, daß die Lasten der Stabilisierung nicht einseitig verteilt werden. Die „*Paritätische*“ ist jedoch, so nützlich sie auch in den vergangenen kritischen Monaten war, keineswegs eine österreichische „*Wunderwaffe*“. Sie vermag doch nur kurzfristig einen starken Druck auf Löhne und Preise auszuüben. Ihre Möglichkeiten erschöpfen sich sehr bald, teils weil wichtige Preise und Löhne auf die Dauer nicht niedrig gehalten werden können,

teils weil die Marktpartner Mittel und Wege finden, die Kommission zu umgehen (z. B. durch Qualitäts- und Preisänderungen, starre Listenpreise bei flexiblen Rabatten, Verlagerung der Lohnbewegung von den Branchen in die Betriebe).

Kurz zusammengefaßt kann gesagt werden, daß es der österreichischen Wirtschaftspolitik (begünstigt durch Saison- und Konjunkturfälle) in den letzten Monaten gelungen ist, einen auf breiterer Front drohenden Durchbruch von Preisen und Löhnen hintanzuhalten und das überhitzte Preis-Lohn-Klima „abzukühlen“. *Auf längere Sicht allerdings ist die Stabilisierung noch nicht gesichert. Die österreichische Wirtschaft befindet sich noch immer in einer „Gefahrenzone“.* Wichtige Forderungen nach *Preiserhöhungen* sind nur unter mehr oder minder starkem wirtschaftspolitischen Druck vorläufig zurückgestellt worden. Ähnliche Spannungen bestehen auf der *Lohnseite*. Verschiedene Berufe fühlen sich (vielleicht nicht zu Unrecht) durch das „Stillhalte-Abkommen“ benachteiligt. Die große Spanne zwischen kollektivvertraglichen Mindestlöhnen und effektiven Verdiensten, die im Konjunkturaufschwung der letzten Jahre entstand, drängt ebenfalls zu „Nachziehungen“, die zumindest teilweise auf die Effektivverdienste zurückwirken werden. Auch der *Arbeitsmarkt* ist nach wie vor äußerst angespannt. Der reale Expansionsspielraum ist gegenwärtig so gering, daß schon eine mäßige Belebung der Konjunktur rasch wieder zu einer ähnlich angespannten und kritischen Lage führen könnte wie vor einigen Monaten.

Überlegungen zu einem konjunkturpolitischen Konzept

Bitte, erwarten Sie von mir kein fixfertiges konjunkturpolitisches Konzept. Ich möchte nur einige *Überlegungen* zu diesem Thema anstellen. Lassen Sie mich zunächst noch einmal kurz die *gegenwärtige* konjunkturpolitische Situation ins Auge fassen.

Geringer Manövrierspielraum der Konjunkturpolitik

Obwohl maßgebliche Stellen immer wieder versichern, daß die Stabilisierungsbemühungen fortgesetzt werden und alles getan werden müsse, um künftig eine ähnlich bedenkliche Entwicklung wie im Frühjahr 1962 erst gar nicht entstehen zu lassen, sind die Steuerungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik, nüchtern gesehen, gegenwärtig sehr begrenzt.

Die Wirksamkeit *währungspolitischer* Maßnahmen wird durch den anhaltend hohen Überschuß der Zahlungsbilanz beeinträchtigt. 1962 werden der österreichischen Wirtschaft per Saldo rd. 6 Mrd. S Devisen zufließen (1961 waren es 3¹/₂ Mrd. S). Sie werden hauptsächlich von der Notenbank erworben und gegen heimische Zahlungsmittel umgetauscht. Obwohl ungefähr ein Drittel des vermehrten Zahlungsmittelumschs von den Unternehmungen und Haushalten in Form von Bargeld beansprucht und ein weiteres Drittel durch die wiederholten Restriktionsmaßnahmen der Währungsbehörden gebunden ist, wird der Kreditapparat Ende 1962 um rd. 2 Mrd. S mehr freie flüssige Mittel besitzen als zu Jahresbeginn. Solange laufend so hohe Zahlungsbilanzüberschüsse entstehen wie in den letzten Jahren, können währungs- und kreditpolitische Maßnahmen die Konjunktur nur unzulänglich beeinflussen.

Viel schlechter noch als um die Währungspolitik ist es um die *Budgetpolitik* bestellt, der zweiten Säule der modernen Konjunkturpolitik. Es wird in absehbarer Zeit nicht möglich sein, das Budget konjunkturgerecht einzusetzen. Das Experiment einer konjunkturorientierten Finanzpolitik, mit dem 1958 begonnen wurde, ist — das kann man ohne Übertreibung sagen — mißglückt. Das hohe Defizit, das damals im Hinblick auf die internationale Rezession in Kauf genommen wurde, konnte in den folgenden Jahren nur zögernd abgebaut werden, obwohl die Konjunktur kräftig anzog und eigentlich Überschüsse notwendig gewesen wären. Die Finanzierungsmethoden, vor allem die Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine, die bei Fälligkeit nicht eingelöst werden konnten, und die Anhäufung umfangreicher Verwaltungsschulden haben den Staatskredit auf längere Zeit beeinträchtigt. Sie beschränken rein finanzierungstechnisch die Elastizität der Budgetpolitik und werfen überdies schwierige Probleme für die Währungspolitik auf.

Erst 1961 gelang ein sogenanntes „konjunkturneutrales“ Budget, das heißt, der formale Abgang im Staatshaushalt konnte etwa auf die Höhe der im ordentlichen Haushalt verrechneten Schuldentrückzahlungen gesenkt werden. Die Staatsschuld wuchs nicht mehr. Aber auch dieser (gemessen an konjunkturpolitischen Erfordernissen) verhältnismäßig bescheidene Erfolg war nur zum Teil einer sparsamen Ausgabenwirtschaft zu danken, hauptsächlich resultierte er aus einer sprunghaften und einmaligen Steigerung der Staatseinnahmen. (Die Staatseinnahmen waren 1961 um 14⁰/₀, die Staatsausgaben um 8⁰/₀ gestiegen.) 1962 wird noch einmal mit Mühe und Not am Grundsatz eines „konjunkturneutralen“

Budgets festgehalten werden können (die Einnahmen und Ausgaben werden um je 8% bis 9% steigen); 1963 droht jedoch neuerlich eine *ernste Budgetkerise*.

Das Finanzministerium schätzt das Budgetdefizit für 1963 auf 5½ Mrd. S, wobei nur Mehrausgaben auf Grund bereits geltender gesetzlicher Verpflichtungen berücksichtigt sind, nicht aber die jedenfalls zu erwartenden sonstigen Anforderungen der einzelnen Ressorts. Selbst wenn man die Einnahmen betont optimistisch einschätzt, wird sich der Abgang nur auf etwa 4 Mrd. S verringern.

Jedenfalls steht die neue Regierung vor einer äußerst schwierigen Aufgabe. Es droht die große Gefahr, daß in den bevorstehenden zähen und schwierigen Budgetverhandlungen die guten Vorsätze, endlich weit mehr als bisher für die geistige Aufrüstung unseres Landes (vor allem für die Beseitigung der teilweise katastrophalen Zustände auf unseren Hoch- und Mittelschulen) und für die militärische Sicherung der oft zitierten immerwährenden Neutralität zu tun, unter dem Zwang der Verhältnisse wieder unter den Tisch fallen werden. Im Endkampf der Budgetverhandlungen werden die verzweifelten Bemühungen der Politiker nur noch darauf gerichtet sein, das Budgetdefizit in einer Größenordnung zu halten, die finanzierungstechnisch (durch Aufnahme von Krediten im In- und Ausland) gerade noch bewältigt werden kann (etwa 2 bis 3 Mrd. Schilling). Nicht die Sorge um die Stabilität des Geldwertes, sondern die „Diktatur der leeren Kassen“, die nüchterne Tatsache, daß der Staat nur über beschränkte Finanzierungsmittel verfügt, scheint vorerst das einzig wirksame Mittel zu sein, das Budgetdefizit in einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten.

Als drittes und viertes Steuerungsmittel der Konjunkturpolitik sind schließlich die *Handelspolitik* und die *Arbeitsmarktpolitik* zu erwähnen. 1962 wurden teils auf Grund von Verträgen, teils mit der Absicht, den Preis-Lohn-Auftrieb zu bekämpfen, verschiedene handelspolitische Erleichterungen verfügt. Die Liberalisierungsquoten wurden erhöht, die Warenkontingente aufgestockt und die Zölle ermäßigt. Für 48.000 Fremdarbeiter wurden unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitsgenehmigungen vorgesehen, die jedoch nur zu einem Bruchteil ausgenützt wurden (bis Mitte September 8.812 Arbeitsplätze, einschließlich Grenzgänger). Obwohl jede dieser Maßnahmen für sich allein nicht sehr bedeutend war, haben sie zusammen doch dazu beigetragen, die Auftriebskräfte etwas zu dämpfen.

Die Einwände gegen eine Liberalisierung des Handels und des Arbeitsmarktes sind bekannt: Industrie und Fachgewerkschaften wehren sich gegen eine Verschärfung der Konkurrenz, die den Ertrag und die Beschäftigung beeinträchtigen könnte. Die Finanzpolitik ist besorgt, daß weitere Zollsenkungen die ohnehin unzureichenden Staatseinnahmen weiter schmälern könnten. Die Handelspolitik schließlich befürchtet (ob mit Recht oder Unrecht, sei in diesem Zusammenhang dahingestellt), daß sie in den kommenden Verhandlungen mit der EWG in eine ungünstige Verhandlungsposition geraten und nur wenige Konzessionen erreichen könnte, wenn durch freiwillige Zollsenkungen und Liberalisierungsmaßnahmen schon vorher der Beweis erbracht würde, daß die österreichische Wirtschaft auch ohne diese Krücken auskommen kann. Die Befürworter einer restriktiven Arbeitsmarktpolitik schließlich weisen darauf hin, daß ausländische Arbeitskräfte ohnehin kaum noch zur Verfügung stehen (was nicht ganz stimmen kann, weil die Schweiz von Ende August 1961 bis Ende August 1962 ihren Bestand an ausländischen Arbeitskräften um fast 100.000 auf 645.000 erhöhen konnte!).

Die Liberalisierung des Handels und des Arbeitsmarktes sind gewiß keine Allheilmittel gegen den Preis-Lohn-Auftrieb; da aber die Währungspolitik nur beschränkt und die Budgetpolitik überhaupt nicht einsetzbar ist, sind sie die vielleicht wichtigsten kurzfristig wirksamen Mittel der Konjunktursteuerung. Im Grunde allerdings müssen wir uns bewußt sein, daß die Wirtschaftspolitik gegenwärtig und in naher Zukunft nur geringe Möglichkeiten hat, den Wirtschaftsablauf kurz- oder mittelfristig zu steuern. Auch von der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission darf man sich keine Wunder erhoffen. Sie ist eine ausgezeichnete Einrichtung, übermäßige Auftriebskräfte vorübergehend einzudämmen. Man darf sie jedoch nicht überfordern. Es wäre sehr schade, wenn sie in täglichen, wenig aussichtsreichen Kämpfen gegen Preis- und Lohnerhöhungen diskreditiert würde. Sie sollte vielmehr auf höherer Ebene die Wirtschaftspolitik der Sozialpartner koordinieren helfen und die staatliche Wirtschaftspolitik sinnvoll ergänzen.

Wiewohl die Wirtschaftspolitik in den kommenden Monaten, vielleicht noch das ganze Jahr 1963, alle Hände voll zu tun haben wird, im bisherigen Stil, durch mehr oder minder improvisierte ad hoc-Maßnahmen, akute Notlagen zu meistern, so sollte die neue Regierung doch unverzüglich mit der *Ausarbeitung eines längerfristigen konjunkturpolitischen Konzeptes* beginnen, das in realistischer Einschätzung der äußere

ren und inneren Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der österreichischen Wirtschaftspolitik einen Weg in die Zukunft weist.

Zu diesem Konzept möchte ich einige Überlegungen beisteuern.

Konjunkturpolitik und Integration

Zunächst möchte ich annehmen, daß die österreichische Wirtschaft in den kommenden Jahren mit der westeuropäischen Wirtschaft mehr und mehr integriert werden wird. (Sollte dies nicht der Fall sein, dann sind meine Überlegungen hinfällig und die Zukunft der österreichischen Wirtschaft müßte unter einem anderen Aspekt betrachtet werden.)

Kommt es jedoch zur Integration, dann werden die Möglichkeiten, mit den herkömmlichen Mitteln der Konjunkturpolitik Angebot und Nachfrage zu steuern, in dem Maße geringer, wie die internationale Verflechtung der Märkte für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte zunimmt und die Koordinierung und Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitik auf verschiedenen Gebieten fortschreitet. Mit anderen Worten: *Die europäische Integration setzt einer autonomen, nur an der Binnenwirtschaft orientierten Konjunkturpolitik der Einzelstaaten relativ enge Grenzen.* Der europäische Markt erfordert auch eine europäische Konjunkturpolitik. Wir müssen daher lernen, die Entwicklung der heimischen Wirtschaft nicht nur von einem engen nationalen Gesichtskreis aus zu beurteilen, sondern sie in einen größeren europäischen und zum Teil auch weltwirtschaftlichen Zusammenhang einzuordnen.

Der weitgehende Verzicht auf konjunkturpolitische Autonomie sollte nicht überbewertet und (wie dies manchmal geschieht) als ein ungebührlich hoher Preis für die europäische Integration betrachtet werden. Anlaß zur Besorgnis bestünde vielleicht, wenn die heimische Wirtschaftspolitik die Technik der Konjunktursteuerung viel besser beherrschte als die Wirtschaftspolitik anderer Länder. Ich glaube nicht, daß wir in Österreich Grund zu einer so hohen Selbsteinschätzung haben. In den letzten zehn Jahren wurden Konjunkturübersteigerungen nur im geringen Maße durch autonome wirtschaftspolitische Maßnahmen überwunden. Sowohl 1955 als auch 1960 wurden die übermäßigen Auftriebskräfte hauptsächlich dadurch gezügelt, daß dank der außenwirtschaftlichen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft die Importe kräftig

wuchsen, die Zahlungsbilanz passiv wurde und auf diese Weise der Liquiditätsspielraum des Kreditapparates eingeengt wurde. Je enger die heimische Wirtschaft mit der europäischen verflochten und je schärfer die internationale Konkurrenz ist, desto besser funktioniert dieser Korrekturmechanismus.

Auch der Einwand, daß eine gesamteuropäische Konjunkturpolitik keinen ausreichenden Ersatz für einen Verzicht auf konjunkturpolitische Autonomie böte, weil sie nicht auf die Besonderheiten der österreichischen Wirtschaft Rücksicht nehmen könne, erscheint mir nicht stichhältig. Die österreichische Wirtschaft hat sich schon bisher bemerkenswert gut in den Strom der westeuropäischen Konjunktur eingefügt. Wirklich ernste Konflikte zwischen außenwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Zielen gab es bisher nicht. Sollten sie dennoch einmal auftreten, ließen sie sich durch internationale Zusammenarbeit sicherlich besser meistern als mit den beschränkten Mitteln der heimischen Wirtschaftspolitik. Im übrigen bleibt auch im Europamarkt den einzelnen Staaten noch ein gewisser Spielraum für Korrekturmaßnahmen, die zwar nicht die Grundrichtung der Konjunktur, wohl aber ihren zeitlichen Ablauf und ihre Stärke beeinflussen können.

Vor allem aber darf nicht übersehen werden, daß eine übernationale Konjunkturpolitik auf europäischer Ebene viel größere Möglichkeiten hat als die nationale Konjunkturpolitik der Einzelstaaten. Dank dem vielfältigen Angebot und der scharfen Konkurrenz ist die Wahrscheinlichkeit viel größer, daß eine Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage zu einer Mengenkonzunktur führt und sich nicht in Preis- und Lohnsteigerungen erschöpft.

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen über den Zusammenhang von europäischer Integration und Konjunkturpolitik lassen sich verschiedene *Schlußfolgerungen* für die einzelnen Bereiche der heimischen Wirtschaftspolitik ableiten.

Zahlungsbilanzorientierte Währungspolitik

Die zunehmende internationale Verflechtung und vor allem die größere Freizügigkeit im zwischenstaatlichen Kapitalverkehr wird in erster Linie die Möglichkeit der *Notenbank* beeinträchtigen, den Zahlungsmittelumlauf nach binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu steuern, weil der Überschuß in der Zahlungsbilanz dem Kreditapparat ständig neue

flüssige Mittel zuführt. Der Aktionsradius der Währungspolitik ließe sich vielleicht etwas vergrößern, wenn Kapitaltransaktionen rigoros kontrolliert würden. Sie werden verstehen, daß ich als Anhänger und Verfechter der europäischen Integration eine solche Lösung zumindest auf die Dauer für nicht akzeptabel halte, ganz abgesehen davon, daß eine solche totale Kontrolle praktisch kaum funktionieren könnte. Ich glaube vielmehr, daß sich die Einordnung der österreichischen Wirtschaft in den Europamarkt nicht nur auf Waren und Dienstleistungen, sondern auch auf Kapital und Arbeitskräfte beziehen muß, damit die Vorteile eines großen Wirtschaftsraumes voll ausgeschöpft und Anpassungsschwierigkeiten auf ein Minimum reduziert werden.

Hält man aber am Ziel eines möglichst freien Kapitalverkehrs fest, dann bleibt den Währungsbehörden letztlich keine andere Wahl, als ihre Politik mehr und mehr an der *Zahlungsbilanz* zu orientieren. Unter dem Gesichtspunkt einer zahlungsbilanzorientierten Währungspolitik erscheint die Verflüssigung des Geldmarktes infolge anhaltender Zahlungsbilanzüberschüsse und die damit verbundene Tendenz sinkender Zinssätze nicht als eine bedenkliche Entwicklung, der man durch Erhöhung von Mindestreserven, Offen-Markt-Operationen, quantitativen Kreditbeschränkungen und starrem Festhalten an einer nicht mehr zeitgemäßen Bankrate möglichst entgegenwirken soll, sondern als eine natürliche Anpassung des heimischen Wirtschaftskreislaufes an die außenwirtschaftlichen Bedingungen, die man zwar in bestimmten Grenzen steuern kann, die man aber nicht verhindern soll und am Ende auch gar nicht verhindern kann.

Binnenwirtschaftlich orientierte Budgetpolitik

Der schrittweise Übergang von einer binnenwirtschaftlich orientierten zu einer zahlungsbilanzorientierten Währungspolitik, der in der Bundesrepublik Deutschland schon vor zwei Jahren vollzogen wurde, wäre leichter und könnte ohne größere Bedenken gewagt werden, wenn die *Budgetpolitik* manövrierfähig wäre und zielbewußt zur Kaufkraftsteuerung eingesetzt werden könnte. In diesem Falle böte sich eine sinnvolle Aufgabenteilung an: Die Währungspolitik, vor allem in Gestalt der Liquiditäts- und Zinsfußpolitik, könnte sich an der Zahlungsbilanz und am internationalen Zinsgefüge orientieren, die Budgetpolitik, die nicht im gleichen Maße wie die Geldpolitik auf den internationalen Reaktions-

zusammenhang bedacht sein muß, an den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen. Konflikte zwischen einer zahlungsbilanz- und einer binnenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik (zwischen innerem und äußerem Geldwert) blieben auf diese Weise auf ein Minimum beschränkt. Zwar wäre auch die Budgetpolitik nicht imstande, die heimische Wirtschaft gegen den Strom der internationalen Konjunktur zu steuern. Sie könnte jedoch, etwa in der gegenwärtigen zwiespältigen Lage, wo die schwache heimische Konjunktur und Überschüsse in der Zahlungsbilanz dazu drängen, die wirtschaftspolitischen Signale auf grün zu stellen, die noch immer labile Preissituation aber zur Vorsicht mahnt, den Auftrieb verzögern. Ich halte es daher für eine vordringliche Aufgabe der neuen Regierung, bereits 1963 (neben den Sofortmaßnahmen, die zur Bekämpfung der akuten Budgetkrise erforderlich sein werden) vorsorglich und schrittweise die Voraussetzungen für eine längerfristige elastische Budgetpolitik zu schaffen.

Ich möchte hier nicht auf die technischen Hilfsmittel eingehen, die eine konjunkturgerechte Budgetpolitik erleichtern könnten, wie etwa auf die Vorbereitung von Eventualbudgets oder von detaillierten Programmen, die im Notfall rasch und wirksam eingesetzt werden könnten. Die einschlägige Literatur gibt hierüber genügend Anhaltspunkte. Ich möchte jedoch nachdrücklich betonen, daß die konjunkturpolitisch nötige Beweglichkeit der Budgetpolitik nur mit einem *langfristigen Budgetkonzept* erreicht werden kann, das den Staat von allen entbehrlichen oder minder wichtigen Ausgaben entlastet und dafür sorgt, daß wichtige gesamtwirtschaftliche und kulturelle Aufgaben, die bisher sträflich vernachlässigt wurden, in ausreichendem Maße erfüllt werden können.

Libérale Handels- und Arbeitsmarktpolitik

In die hier skizzierte Aufgabenteilung zwischen einer vorwiegend zahlungsbilanzorientierten Währungspolitik und einer vorwiegend binnenwirtschaftlich orientierten Budgetpolitik läßt sich auch die *Handels- und Arbeitsmarktpolitik* sinnvoll einfügen.

Unsere handelspolitischen Überlegungen werden gegenwärtig allzu sehr von der Annahme bestimmt, daß Österreich in einem Vertrag mit der EWG nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Ausnahmebestimmungen in größerer Zahl gewährt werden. Ich halte diese Annahme nicht nur für irrig, sondern auch für gefährlich, weil sie die Han-

delspolitik zögern läßt, Maßnahmen zu treffen, die die Eingliederung in den Europamarkt erleichtern könnten. Wie schwer es die österreichische Wirtschaft im Europamarkt haben wird, hängt entscheidend von der Entwicklung der heimischen Produktionskosten ab. Preise und Löhne werden jedoch im Inland eher stabil bleiben, wenn die Wirtschaftspolitik durch eine liberale Einfuhrpolitik den Ausgleich der Zahlungsbilanz anstrebt, als wenn sie zuwartet, bis die aus den Zahlungsbilanzüberschüssen resultierenden Auftriebskräfte den heimischen Einkommensstrom aufblähen. Durch eine liberale Handelspolitik würde auch die Investitionstätigkeit in jene Bereiche und zu jenen Produkten gelenkt, die im Europamarkt günstige Entwicklungschancen haben.

Die Vorbereitung auf die europäische Integration sollte sich aber nicht nur auf die Liberalisierung von Waren, Dienstleistungen und Kapital, sondern auch auf die Liberalisierung von Arbeitskräften erstrecken. Gewiß darf man sich von einer Zulassung ausländischer Arbeitskräfte nicht übertrieben viel erwarten. Arbeitskräfte sind in den traditionellen europäischen Überschußländern bereits knapp. Auch vermag die österreichische Wirtschaft nicht ähnlich günstige Arbeitsbedingungen zu bieten wie reiche Volkswirtschaften. Vergleiche mit der Schweiz, wo die Fremdarbeiter zu einem entscheidenden Wirtschaftsfaktor geworden sind, dürfen daher schon aus diesem Grunde nicht gezogen werden. Ausländische Arbeitskräfte könnten jedoch in einigen Bereichen Lücken schließen, wie etwa in der Bauwirtschaft und im Fremdenverkehrsgewerbe, die besonders unter Arbeitskräftemangel leiden. Auf diese Weise ließe sich zumindest quantitativ der Verlust an heimischen Arbeitskräften ausgleichen, die zeitweise oder dauernd ins Ausland abwandern und dort Beschäftigung finden.

Schlußfolgerungen

Meine Damen und Herren, ich habe in meinem Vortrag zunächst gezeigt, daß die unter günstigen Voraussetzungen erreichte Beruhigung des Preis-Lohn-Auftriebs in den letzten Monaten nur als ein erster Schritt auf dem Wege zu einer Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft betrachtet werden darf. Begründete Forderungen nach Preis- und Lohnerhöhungen lassen sich in einer Marktwirtschaft nur zeitweise zurückstauen, früher oder später müssen sie honoriert werden. Die Wirtschaftspolitik hat nur eine Atempause gewonnen, die zu längerfristig

wirksamen konjunktur- und wachstumspolitischen Maßnahmen genützt werden sollte.

Leider ist die österreichische Konjunkturpolitik in naher Zukunft nur sehr beschränkt manövrierfähig, da ihre beiden Hauptstützen mehr oder minder blockiert sind: die *Währungspolitik* hinkt infolge anhaltend hoher Zahlungsbilanzüberschüsse notgedrungen hinter den Ereignissen her, und die *Budgetpolitik* ist durch die 1963 drohende Budgetkrise zunächst überhaupt lahmgelegt. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Budgetpolitik mit fortschreitender europäischer Integration mehr und mehr zum Angelpunkt und weitaus wichtigsten konjunktur- und wachstumspolitischen Lenkungsinstrument der einzelnen integrierten Volkswirtschaften wird. Die Budgetpolitik kann jedoch ihre wichtige Funktion nur erfüllen, wenn das Budget nicht ständig überfordert wird und zu einem konjunkturwidrigen Verhalten zwingt. Es ist daher notwendig, das Budget von übermäßigen Ansprüchen zu entlasten, damit Mittel für staatspolitisch und volkswirtschaftlich wichtige Zwecke (wie Schulen, Forschung, Landesverteidigung, Staatssicherheitsdienst) frei werden. Im Budget sollten aber auch konjunktur- und wachstumspolitisch motivierte Reserven (Überschüsse) gebildet werden, die in Zeiten schwächerer Konjunktur und für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur einzusetzen wären. Diese Aufgabe wird nicht gelöst werden können, ohne an Tabus zu rühren. An Verschiedenes ist hier zu denken: an einen sukzessiven Abbau von Subventionen ebenso wie an die Eindämmung der uferlos wachsenden Zuschüsse zur Sozialversicherung, an die Reform der leidigen Wohnbaufinanzierung, an die Kommerzialisierung der Bundesbahnen, an die Verwaltungsreform u. a. m.

Es leuchtet ein, daß die hier erwähnten Probleme nicht durch eine mehr oder minder improvisierte Wirtschafts- und Budgetpolitik gelöst werden können, sondern ein *langfristiges Budgetkonzept in Verbindung mit einem Gesamtkonzept der österreichischen Wirtschaftspolitik erfordern*. Der neuen Regierung wartet hier eine gewaltige Aufgabe.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle Wien, I, Hoher Markt 9
Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), Wien, IX., Alser Straße 24.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte, Jg. I—XXXV (1927—1962)

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 14 *Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.*
Nr. 15 *Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.*
Nr. 16 *Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.*
Nr. 17 *Lohnkosten und Wettbewerbslage. Juli 1952.*
Nr. 18 *Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.*
Nr. 19 *Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursvereinheitlichung. Mai 1953.*
Nr. 20 *Österreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem. Juli 1953.*
Nr. 21 *Ein Index der Bruttoinvestitionen. August 1953.*
Nr. 22 *Zur Frage des Wohnungsdefizites in Österreich. Oktober 1953.*
Nr. 23 *Wirtschaftliche Aspekte der österr. Bevölkerungsentwicklung. Nov. 1953.*
Nr. 24 *Zur Reform des österreichischen Zolltarifes. Februar 1954.*
Nr. 25 *Österreichs Eisenexport und die Montan-Union. April 1954.*
Nr. 26 *Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern. Mai 1954.*
Nr. 27 *Die österreichische Wohnungswirtschaft. Oktober 1954.*
Nr. 28 *Der Teilzahlungskredit in Österreich. Oktober 1954.*
Nr. 29 *Die Kapazitätsreserven der österreichischen Industrie. März 1955.*
Nr. 30 *Lohnkosten und Produktivität in Österreich und im Ausland. Juni 1955.*
Nr. 31 *Die österreichische Konjunktur Mitte 1955. Juni 1955.*
Nr. 32 *Zur Statistik der Lohneinkommen. Juli 1955.*
Nr. 33 *Österreichs Wirtschaftsverkehr mit der Sowjetunion. Dezember 1955.*
Nr. 34 *Zur Kreditversorgung der österreichischen Industrie. Eine Sondererhebung des Konjunkturtestes. Dezember 1955.*
Nr. 35 *Die österreichische Mühlenwirtschaft. April 1956.*
Nr. 36 *Das Volkseinkommen in den Jahren 1954 und 1955. Mai 1956.*
Nr. 37 *Produktionsvolumen und Produktivität der österr. Landwirtschaft. Juni 1956.*
Nr. 38 *Vergleich der Wohnungsbaukosten in Österreich und der Deutschen Bundesrepublik. Juli 1956.*
Nr. 39 *Die österreichische Brauindustrie. September 1956.*
Nr. 40 *Neuberechnung des Index der Einzelhandelsumsätze. September 1956.*
Nr. 41 *Preise und Austauschrelationen im österreichischen Außenhandel 1924 bis 1955. Oktober 1956.*
Nr. 42 *Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr seit dem Staatsvertrag. November 1956.*
Nr. 43 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1955. Dezember 1956.*
Nr. 44 *Der künftige Bedarf an Personenkraftwagen in Österreich. März 1957.*
Nr. 45 *Der technische und naturwissenschaftliche Nachwuchs in Österreich. April 1957.*
Nr. 46 *Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr im Jahre 1956. Mai 1957.*
Nr. 47 *Die Wertschöpfung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1937 und 1949 bis 1956. Juli 1957.*
Nr. 48 *Probleme der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Oktober 1957.*
Nr. 49 *Der Obst-, Gemüse- und Weinbau Österreichs in einem integrierten europäischen Markt. Oktober 1957.*
Nr. 50 *Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich. November 1957.*
Nr. 51 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1956. Dezember 1957.*
Nr. 52 *Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich. Juli 1958.*
Nr. 53 *Der österreichische Osthandel. August 1958.*
Nr. 54 *Löhne, Gehälter u. Masseneinkommen in Österreich 1950/57. Oktober 1958.*
Nr. 55 *Der Güter-Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen in Industrie und Großhandel. November 1958.*
Nr. 56 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1957. Dezember 1958.*
Nr. 57 *Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum. Februar 1959.*
Nr. 58 *Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Österreich. Februar 1959.*
Nr. 59 *Die Automatisierung des Fernsprechverkehrs in Österreich. September 1959.*
Nr. 60 *Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern. Dezember 1959.*
Nr. 61 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1958. Dezember 1959.*
Nr. 62 *Die langfristigen Probleme der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft. Februar 1960.*
Nr. 63 *Auswirkungen der EWG und der EFTA auf den österreichischen Außenhandel. Juli 1960.*
Nr. 64 *Entwicklung, Struktur und Tendenzen der österreichischen Energieversorgung. Oktober 1960.*
Nr. 65 *Der Konsum verschiedener sozialer Gruppen in Österreich. Dezember 1960.*

Fortsetzung 4 Umschlagseite

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Beilagen zu den Monatsberichten

Fortsetzung

- Nr. 66 *Steuerliche Belastung und Wegekosten des motorisierten Straßenverkehrs in Österreich* März 1961.
- Nr. 67 *Probleme der Entwicklungshilfe*, Oktober 1961.
- Nr. 68 *Betriebsgröße und Produktionswert*, November 1961.
- Nr. 69 *Der neue Index der österreichischen Industrieproduktion*, Dezember 1961.
- Nr. 70 *Der Nahrungsmittelverbrauch der österreichischen Bevölkerung* September 1962.
- Nr. 71 *Neue Indizes der Arbeitsproduktivität in der österreichischen Industrie*, Oktober 1962.

Sonderhefte

- Nr. 1 *Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung, 1945*, (Uebrigens.)
- Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft*, März 1946.
- Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung*, November 1946.
- Nr. 4 *Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen*, Mai 1947.
- Nr. 5 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947*, April 1948.
- Nr. 6 *Die Produktivität der österreichischen Industrie*, Mai 1949.
- Nr. 7 *Gesamtschau der österr. Wirtschaft in den Jahren 1948/49* Sept. 1959.
- Nr. 8 *Die österreichische Papierindustrie*, März 1951.
- Nr. 9 *Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling?* März 1956.
- Nr. 10 *Die österreichische Erdölwirtschaft*, Februar 1957, (Uebrigens.)
- Nr. 11 *Zur Berechnung von Indizes der Produktivität*, Dezember 1957.
- Nr. 12 *Neue Indizes der Verbraucherpreise* April 1959.

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Nr. 1 Dr. Franz Nemschak: *Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik* Februar 1947.
- Nr. 2 Dr. Rudolf Grünwald: *Zur Methodik der Wirtschaftsplanung*, April 1947.
- Nr. 3 Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft*, Oktober 1948.
- Nr. 4 Dr. Franz Nemschak: *Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept* Dezember 1951.
- Nr. 5 *Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung* November 1952.
- Nr. 6 Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion*, April 1953.
- Nr. 7 Dr. Franz Nemschak: *Öffentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft*, Oktober 1953.
- Nr. 8 Dr. Franz Nemschak: *Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich* Juli 1954.
- Nr. 9 Dr. Franz Nemschak: *Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt*, Okt. 1954.
- Nr. 10 Dr. Franz Nemschak: *Konjunktur Stabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik*, November 1954.
- Nr. 11 Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag Längerfristige Aspekte*, Dezember 1955.
- Nr. 12 Dr. Franz Nemschak: *Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft Österreich und die europäische Integration* September 1959.
- Nr. 13 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960*, Oktober 1960.
- Nr. 14 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Österreich und die europäische Integration* November 1960.
- Nr. 15 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Ämtliche Statistik und Wirtschaftsforschung: Die ämtliche Statistik im Spannungsfeld von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. — Die Bedeutung der ämtlichen Statistik für Staat und Wirtschaft* Juni 1961.
- Nr. 16 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Aspekte der österreichischen Integrationspolitik*, Oktober 1961.
- Nr. 17 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Der private Konsum in der wachsenden Wirtschaft (am Beispiel Österreichs)*, November 1961.
- Nr. 18 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft*, Dezember 1961.
- Nr. 19 Prof. Dr. Franz Nemschak: *Probleme der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1962*, Oktober 1962.

Dr. Franz Nemschak: *Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945—1955* Wien 1955.
Österreich und die europäische Integration Wien 1957.
Österreichs Industrie und der europäische Markt, 1. Teil Wien 1957.
Österreichs Industrie und der europäische Markt, 2. Teil, Wien 1958.
Möglichkeiten und Grenzen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik Wien 1960

